

Stellungnahme der VERBUND AG zum Entwurf der Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung)

VERBUND bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung), Stellung nehmen zu dürfen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass mit diesem Entwurf zur Netzreserve-Verordnung die Regelungen des gerade erst neu erlassenen EIWG zu den Bestimmungen der Netzreserve (§ 143 bis § 146 EIWG) inklusive der entsprechenden Begriffsbestimmungen (§ 6) geändert werden. Dabei kommt es einerseits zu Einschränkungen und andererseits zu Erweiterungen des gesetzlichen Rahmens. Diese weitreichende Ausnutzung der Verordnungsermächtigung ist insbesondere in Hinblick auf das Legalitätsprinzip und aus Gründen der Vorhersehbarkeit der Regelungen kritisch zu sehen. Aus VERBUND-Sicht ist mit solch weitreichenden Ermächtigungen grundsätzlich besonders verantwortungsvoll bzw. sorgsam und sparsam umzugehen.

Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:

§ 2 Besondere Begriffsbestimmungen für die Netzreserve

In § 2 werden insbesondere die Zeiträume im Zusammenhang mit saisonalen Netzreserveverträgen abgeändert. Insbesondere wurde - entgegen dem Gesetzeswortlaut - die Inanspruchnahme von Toleranzmonaten für die Wintersaison ausgeschlossen. Aus Gründen der Verständlichkeit, Klarheit, Konsistenz und Anwenderfreundlichkeit wird angeregt, diese Änderungen bei einer zukünftigen Novellierung des EIWG entsprechend anzupassen.

§ 3 Anzeigepflichten gemäß § 143 EIWG

In § 3 Abs. 1 wird die Schwelle zur Anzeige von Stilllegungen von 20 MW auf 1 MW reduziert, was den Anwendungsbereich der Netzreserve entgegen der gesetzlichen Bestimmung deutlich erweitert. Auch hier wird aus Gründen der Verständlichkeit, Klarheit, Konsistenz und Anwenderfreundlichkeit angeregt, diese Änderungen bei einer zukünftigen Novellierung des EIWG entsprechend anzupassen.

Die Verschiebung des Zeitpunkts der Abgabe von Stilllegungsmeldungen vom 30. September auf den 31. Dezember in § 3 Abs. 1 wird begrüßt.

§ 3 Abs. 2 erläutert, wie die Inanspruchnahme der Toleranzbandbreite erfolgen soll. Die Formulierung scheint jedoch in Zusammenschau mit den anderen Regelungen der Verordnung, insbesondere § 2 Abs. 1 Z 7, widersprüchlich bzw. missverständlich. Wir ersuchen um Klärstellung.

§ 4 Jährliche Ausschreibung

In § 4 Abs. 5 wird beschrieben, welche Angebote abzugeben sind. Hier ist angeführt, dass jeweils auch Angebote für alle definierten Produkte mit kürzerer Laufzeit abzugeben sind. Laut Aussage der APG in einem Webinar am 28.1.2026 (Titel: Netzreserve 2026/27) müssen bei Abgabe von Produkten mit längerer Laufzeit zwingend alle Produkte in dieser Periode mit

kürzerer Laufzeit angeboten werden. Es ist sogar möglich, nur einzelne nicht zusammenhängende Produkte zu kontrahieren (z. B. nur einen von zwölf angebotenen Monaten). In dieser Vorgehensweise sehen wir die Planbarkeit der Betreiber reduziert, da dieser Auswahlprozess der ausschreibenden Stelle völlige Freiheit bei der Produktauswahl gewährt und dieses Risiko bei der Angebotslegung berücksichtigt wird. Wir bezweifeln, dass diese Vorgehensweise im Sinne eines kosteneffizienten, transparenten und marktbasierten Netzreservebeschaffung ist. Wir regen daher eine Anpassung an.

§ 4 Abs. 6 regelt den Referenzwert, der nunmehr auch den preisgewichteten Durchschnitt je Produkt und Zeiteinheit berücksichtigt. Dieses Instrument könnte die marktbasierte Beschaffung einschränken, da sie das Potenzial in sich trägt, den Preis je Produkt nachträglich anpassen zu müssen. Zudem sollte klargestellt werden, dass nur für den Fall, dass ein neuerliches Angebot abgegeben wird, dieses unter dem ersten Angebot liegen muss, aber die Möglichkeit besteht, kein weiteres Angebot abzugeben und dann der erste Angebotswert weiterhin übernommen wird.

§ 4 Abs. 7 bezieht sich auf die Beschaffung zu den geringsten Kosten. Hier wird um Klarstellung ersucht, was unter den gesamthaft geringsten Kosten, mit denen die zu beschaffende Netzreserveleistung zu decken ist, genau zu verstehen ist.

In § 4 Abs. 9 ist vorgesehen, dass etwaige Gewinne aus der Vermarktung von Testfahrten mit dem für die Erbringung der Netzreserve erhaltenen Entgelt gegengerechnet werden. Dies sollte aus Gründen der Fairness auch für etwaige Verluste gelten.

§ 6 Stilllegungsverbot gemäß § 145 EIWG

In § 6 wird der Regulierungsbehörde durch den Verordnungsentwurf ein gegenüber dem Gesetz weitreichenderer Spielraum im Zusammenhang mit Stilllegungsverboten eingeräumt. Die Ausgestaltung als Ermessensbestimmung erschwert einerseits die Planungssicherheit für Betreiber, zudem steht sie unseres Erachtens in einem gewissen Spannungsverhältnis zum transparenten Verfahren. Wir ersuchen, dies auf die gesetzlich vorgesehenen Fälle wieder einzuschränken.

Allgemein ist anzumerken, dass durch die Unzulässigkeit der Toleranzbandbreite bei Stilllegungsverboten der Handlungsspielraum für Betreiber von Erzeugungsanlagen immens eingeschränkt wird, da dahinterliegende unternehmerische Entscheidungen, aufgrund derer für gewisse Zeiträume kein Angebot abgegeben worden wäre, nicht berücksichtigt werden können. Wir ersuchen, den Spielraum zu erweitern.

§ 8 Übergangsbestimmungen

Zu den Übergangsbestimmungen in § 8 wird angemerkt, dass nicht nachvollziehbar ist, warum das Verfahren für die Interessensbekundung für das Netzreservejahr 2027/2028 bereits binnen einer Woche ab Inkrafttreten dieser Verordnung beginnen soll. Die entsprechenden Stilllegungsmeldungen wären unseres Erachtens erst bis zum 31. Dezember 2026 abzugeben.

Kontakt:

Wien, 2. Februar 2026

VERBUND AG
Mag. Jutta Fabjan
Am Hof 6a, 1010 Wien
e-mail: jutta.fabjan@verbund.com
www.verbund.com